



2026/16 Inland

<https://jungle.world/artikel/2026/16/kein-ausweg>

Afghanische Flüchtlinge

Kein Ausweg

von **Liza Shishko**

Millionen Afghanen sind vor den Taliban nach Iran und Pakistan geflohen. Einige hofften vergeblich auf die inzwischen eingestellten humanitären Aufnahmeprogramme der Bundesregierung für Nato-Hilfskräfte und Menschenrechtler. Nun sind sie gestrandet, vielen droht die erzwungene Rückkehr nach Afghanistan.

Der Iran bestimmt derzeit die Schlagzeilen, doch auch Pakistan und Afghanistan befinden sich seit Ende Februar ebenfalls im Krieg. Der Konflikt verschärfte die ohnehin schwierige Lage der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan. Schon in den vergangenen Jahren waren **Hunderttausende gezwungen worden, nach Afghanistan zurückzukehren**. Nun gibt es erneut Razzien und Abschiebungen durch die pakistanische Polizei.

Einer dieser Flüchtlinge ist Herr Ahmadzai*, ein ehemaliger Menschenrechtsanwalt mit einer Behinderung – beide Beine wurden ihm oberhalb des Knies amputiert. Er sei mit seiner Familie nach Pakistan gekommen, um ein humanitäres Visum in Deutschland zu beantragen, erzählt er der *Jungle World*. Doch sein Antrag sei abgelehnt worden. In Pakistan habe er weder Arbeit noch ein stabiles Einkommen, und auch seine Familie könne sich die medizinische Versorgung, die er benötigt, nicht leisten.

Bevor die Taliban die Macht in Afghanistan übernahmen, habe er viele Jahre bei der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans gearbeitet, berichtet Ahmadzai. Er habe dort Beschwerden bearbeitet, Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und gefährdete Gruppen verteidigt, einschließlich Menschen mit Behinderungen. Diese Arbeit war für Ahmadzai mehr als nur eine Einkommensquelle: »Ich fühlte mich als nützliches Mitglied der Gesellschaft. Mein Leben war eng mit der Menschenrechtsarbeit verknüpft. Für meine Familie bedeutete meine Stelle Würde, Hoffnung und Stabilität – trotz der Risiken und des Drucks.« Nach der Machtübernahme der Taliban 2021 sei all das vorbei gewesen. Bald seien Ahmadzai und seine Familie von den neuen Machthabern bedroht worden: »Ich konnte die Sicherheit meiner Kinder nicht mehr garantieren. Mir wurde klar: Zu bleiben bedeutete, ihr Leben aufs Spiel zu setzen.«

»Meine Kinder fragen oft, wann sie wieder zur Schule gehen können. Als Vater ist das das Härteste. Ich fühle mich schrecklich.« Habiburahman Ahmadzai*

Ahmadzais rechtlicher Status und die Zukunft seiner Familie in Pakistan bleiben ungewiss. Er sei am 14. Oktober 2023 legal mit einem Visum in das Land eingereist, in der Hoffnung, als Menschenrechtsverteidiger bald ein humanitäres Visum für Deutschland zu erhalten. Kurz nach der Absage Deutschlands sei jedoch seine Aufenthaltserlaubnis in Pakistan abgelaufen, verlängern könne er sie nicht.

Nach der Machtübernahme der Taliban versprach die deutsche Bundesregierung, afghanische Hilfskräfte und andere besonders Schutzbedürftige, wie etwa Menschenrechtler, zu evakuieren und in Deutschland aufzunehmen. Um einen Antrag zu stellen, musste man aber zum Beispiel nach Pakistan reisen und sich bei der deutschen Botschaft in Islamabad unter anderem einer Sicherheitsprüfung unterziehen.

Viele machten sich auf den Weg, doch nur wenigen gelang es, einen Platz zu ergattern. Die neue Bundesregierung rückte im Mai 2025 endgültig von den Zusagen ab; in ihrem Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien vereinbart, »Resettlement-Programme, wo immer möglich, einzustellen«. Die Hoffnungen Tausender auf ein humanitäres Visum für Deutschland wurden zerschlagen. Der deutsche Verein Pro Asyl teilte der *Jungle World* mit, dass allein in Pakistan immer noch rund 1.700 afghanische Staatsangehörige mit Aufnahmezusagen für Deutschland auf die Bearbeitung ihrer Anträge oder die Erteilung von Einreisevisa warten.

Ohne Papiere sei es in Pakistan nicht leicht, eine Unterkunft zu finden, erzählt Ahmadzai. Allein im Januar sei seine Familie dreimal umgezogen. Die Unmöglichkeit, die Zukunft seiner Kinder zu planen, und das jahrelange Warten hätten seine Frau psychisch erschöpft. Am meisten Sorge er sich um seine Kinder. Ihren Schulbesuch könne er sich nicht mehr leisten. Seine Stimme zittert, als er sagt: »Meine Kinder fragen oft, wann sie wieder zur Schule gehen können. Als Vater ist das das Härteste. Ich fühle mich schrecklich.«

Er habe versucht, Pakistan auf legalem Weg zu verlassen: »Ich hoffte auf eine sichere und würdevolle Zukunft für meine Kinder – mit Zugang zu Bildung und einem Leben ohne Angst, Diskriminierung und Gewalt. Das Versprechen eines deutschen humanitären Visums bedeutete für uns Rettung und einen Neuanfang. Wir haben daran geglaubt und jahrelanges Warten ertragen.« Als er erfahren habe, dass Deutschland das Programm für afghanische Menschenrechtler aussetzt, sei Ahmadzais Familie schockiert gewesen. Ihre letzte Hoffnung war dahin. Das jahrelange Warten erscheine plötzlich als sinnlos. »Wir sind nicht nur ›Fälle‹. Wir sind eine Familie«, sagt Ahmadzai. »Wir haben an diese Versprechen geglaubt, weil wir an Menschlichkeit und Gerechtigkeit geglaubt haben. Wenn man uns eine Chance gibt, werden wir hart arbeiten und Verantwortung übernehmen.«

Pro Asyl weist darauf hin, dass die Mehrheit der in Pakistan feststehenden afghanischen Flüchtlinge Frauen und Kinder sind. Unter denen, die auf ein Visum für Deutschland gehofft hatten, befinden sich ehemalige Mitarbeiter der Bundeswehr und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), humanitäre Helfer, Journalisten, Richter, Menschenrechtler und LGBT-Personen.

Viele seien nach Pakistan gekommen, weil ihnen die Teilnahme an dem Aufnahmeprogramm in Aussicht gestellt worden sei, doch dann hätten die deutschen Behörden ihren Antrag abgelehnt. Der Verein betont: »Deutschland trägt die Verantwortung für diese Menschen. Mit der Zusage der Neuansiedlung hat es eine Verpflichtung übernommen.« Diese »menschenrechtlichen Zusagen dürfen keine leeren Worte bleiben« – das sei man »denjenigen schuldig, die für

Deutschland gearbeitet oder sich auf Deutschland verlassen haben«.

Millionen Afghanen sind vor den Taliban in Nachbarländer geflohen – außer nach Pakistan vor allem in den Iran. Auch dort wurde schon vor dem jüngsten Krieg enormer Druck auf afghanische Flüchtlinge ausgeübt, das Land zu verlassen.

Mehran* war mal Polizist. Heutzutage »schleiche ich aus dem Haus, als wäre ich ein Krimineller«, erzählt er der *Jungle World*. Wie viele andere afghanische Flüchtlinge im Iran besitze er keine gültigen Dokumente. »Wenn die iranischen Behörden herausfinden, dass ich mit Ihnen spreche, werden sie mich der Spionage bezichtigen und hinrichten«, sagt er. Deshalb ist seine erste Frage: »Ist es sicher, über Whatsapp zu sprechen?« Er bat darum, seinen echten Namen nicht zu verwenden.

Als die Taliban im August 2021 in Afghanistan wieder die Macht übernahmen, gehörten ehemalige Militärangehörige und Polizeibeamte zu den Ersten, die Repressalien ausgesetzt waren. Mehran zufolge wurden mehrere seiner rangniedrigeren Kollegen verhaftet und getötet. Die Taliban hätten mehrmals seine Wohnung durchsucht.

Weil er damit gerechnet habe, verhaftet zu werden, sei Mehran untergetaucht. Doch eines Tages hätten die Taliban stattdessen seinen Vater festgenommen. Seine Onkel seien gezwungen gewesen, das Haus der Familie zu verkaufen, um mit Bestechungsgeldern seine Freilassung zu erwirken. Als kurz darauf Mehrans Sohn geboren wurde, sei ihm klar geworden, dass er es nicht länger riskieren konnte, im Land zu bleiben. Er sei mit seiner Familie in den Iran geflohen – seine Heimatprovinz Herat liegt an der Grenze. Die Reise sei lang gewesen und habe all ihre Ersparnisse verbraucht: »Ich hatte etwas Geld beiseitegelegt und übergab es einem Schmuggler. Wir durchquerten Berge und Ebenen, dann bezahlten wir den nächsten. So ging es weiter, bis wir schließlich Teheran erreichten.«

Im Iran habe die Familie lange Zeit ohne Papiere gelebt. Später habe sie mit Unterstützung der Vereinten Nationen befristete Aufenthaltstitel erhalten. Sie hätten gehofft, in dieser Zeit legal in ein sicheres Land – wie Deutschland – ausreisen zu können. Doch nun seien ihre Dokumente bereits seit sechs Monaten abgelaufen. Eine Verlängerung habe sich als schwierig erwiesen, nicht nur wegen bürokratischer Hürden, sondern auch aufgrund der zunehmenden Repression im Land.

Im Juni 2025 begannen im Iran Massendeportationen von Hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen. Bis Juli 2025 hatten die iranischen Behörden der Uno zufolge rund 1,1 Millionen Menschen ausgewiesen.

Im Juni 2025, nach dem ersten zwölf-tägigen bewaffneten Konflikt zwischen dem Iran und den USA sowie Israel, begannen im Iran Massendeportationen von Hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen. Bis Juli 2025 hatten die iranischen Behörden der Uno zufolge rund 1,1 Millionen Menschen ausgewiesen. Das Regime warf den Afghanen vor, eine Sicherheitsgefahr darzustellen und für Israel zu spionieren.

Mehran ist seit dem 14. März dieses Jahres nicht mehr über Whatsapp erreichbar gewesen. Seit den Massenprotesten gegen das Regime im Januar ist in Iran der Internetzugang eingeschränkt. Seit Beginn der jüngsten US-amerikanisch-israelischen Angriffe am 28. Februar herrscht im Land eine fast vollständige Internetsperre.

Vorher hatte Mehran erzählt, wie er nach jedem erdenklichen Ausweg aus dem Iran gesucht hatte: »Es spielt keine Rolle, welches Land. Wir brauchen nur einen sicheren Ort. Mein Sohn ist viereinhalb, meine Tochter zweieinhalb Jahre alt. Wir haben keinen Ausweg. Wir werden entweder am Stress sterben, uns das Leben nehmen oder von den Behörden im Iran oder in Afghanistan getötet werden.«

In Afghanistan hatte Mehran eine Zeitlang mit den italienischen Streitkräften zusammengearbeitet. Er habe sich deshalb an das italienische Konsulat in Teheran gewandt, doch Italien habe sich geweigert, ihm zu helfen. Auch das deutsche Konsulat habe ihn abgewiesen. Man habe ihm dort geraten, sich an die Vereinten Nationen zu wenden. Außer dem Krieg und der Massenrepression im Iran machen ihm Berichte über Auftragsmorde Angst, die angeblich von den Taliban innerhalb des Landes organisiert werden: »Es heißt, die Taliban zahlen 25.000 Dollar für jeden im Iran getöteten ehemaligen Offizier.«

Am 24. Dezember vorigen Jahres wurden Ikramuddin Sari, ein ehemaliger Polizeikommandant der afghanischen Provinzen Takhar und Baghlan, sowie Mohammad Amin Almas, ein ehemaliger Bataillonskommandeur im Distrikt Nijrab der Provinz Kapisa, in Teheran erschossen. Die Taliban äußerten sich nicht dazu, aber ihre Gegner machten sie für die Attentate verantwortlich.

Mehran habe sich auch an das UN-Büro gewandt, erzählt er, wo man ihm mitgeteilt habe, dass man weder bei der Neuansiedlung noch bei der Gewährleistung seiner Sicherheit helfen könne: »Meine Kollegen und ich, die wir für die Nato-Streitkräfte gearbeitet hatten, haben auf Unterstützung gehofft. Aber wir wurden enttäuscht.«

* Name von der Redaktion geändert